

Der pandemiegeschwängerte Schwanengesang Deutschlands im Glanze byzantinischer Dekadenz



Schon vor Corona zeigte die Wohlstandskurve gen Süden. Aus der Krise 2008/9 hatte man nicht gelernt. Man glaubte an das fortlaufende Glück allumfassenden Wohlstandes, der nur steigen konnte. Gern auch auf Pump.

Dieselausstieg, Wirtschaftsvernichtung, Energieausstieg, Klimarettung, Migrationsland und Weltrettung an sich. Es gab da ein paar „Denker“ die glaubten wirklich daran, dass all das bei begrenzten Ressourcen möglich wäre. Inklusive bedingungslosem Grundeinkommen. Für alle. Auch für die, die in Scharen von Außen dazukommen könnten. Werden...

Corona hat die jetzt schnell voranschreitende Krise, den Zerfall der globalisierten Wirtschaft NICHT verursacht. Nur beschleunigt. Mit einem Raketenbooster versehen, dessen feuriger Schweiß gerade alle Illusionen zu Asche verbrennt. Jede rosarote Wolke auslöscht.

Vor zwölf Monaten schrieb der Autor folgenden Artikel:

Die stärkste Wirtschaftskraft im Herzen Europas, war gern und immer bereit ihren Reichtum zu teilen. Mit wem auch immer. Die zweithöchsten Steuerlasten weltweit bei über vierzig Millionen Arbeitenden und Konzerne mit Weltrang machten es möglich. Das schuf, schafft und wird auch weiterhin Begehrlichkeiten schaffen. Doch in diesem Land stagniert seit 2000 das

Lohnniveau. Ist sogar inflationsbereinigt rückläufig, was gemeinhin nicht als Zeichen von wachsendem Wohlstand anzusehen ist. Bei logischer Betrachtung. Aber eben diese Logik glänzt seit geraumer Zeit auch durch Abwesenheit. Der Grund ist nicht einfach herauszuarbeiten, hat aber was mit Dekadenz und Ignoranz auf der Basis von ideologischer Verblendung zu tun.

Der Ansatz, dass alles geht, solange man nur will, stößt zunehmend an Grenzen dessen, was Ressourcen begründen könnten. Nur schrumpfen eben diese Ressourcen.



Man kann nur das Geld ausgeben – wofür auch immer – das man erwirtschaften kann. Oder, wenn mit Schulden die Investition vorfinanziert wird, dann sollte das Geld wieder hereinkommen. Notfalls langfristig. Sonst scheitert das Finanzierungskonzept.

Seit Anfang der 70er Jahre war das Schuldenmachen sehr populär. Man finanzierte sich über Jahrzehnte via Verschuldung, bis 2008 dann nach der Eurokrise die Endlichkeit dieser Idee in einigen Staaten offensichtlich wurde. Diesen wurde mit mehreren hundert Milliarden unserer Steuermittel geholfen, die wir als Nation auch nicht hatten. Diese „Hilfen“ wurden auch geliehen. In der Hoffnung, dass eben diese maroden Staaten das Geld langfristig zurückzahlen würden. Das wäre für uns „alternativlos“, so hieß es. Jetzt spricht niemand mehr davon, dass wir das Geld je zurückbekommen. Im Gegenteil. Es soll NOCH MEHR fließen...

Der Steuerzahler hat das alles finanziert, und wird noch mehr finanzieren müssen, sobald (nicht *wenn!*) die Euro-Blase platzt, da alle Staaten und Unternehmen weiter Schulden machen. Gern auch via Schattenhaushalten, wie zum Beispiel der, aus dem die Euro-Hilfen flossen. Mit Null-Zins-Politik schuf man nicht gerade Anreize zu sparen. Italien macht es nun

vor. Frankreich auch. Warum Geld sparen, wenn man neues für nichts bekommt? Das hat Italien fast 750 Milliarden Zinersparnis gebracht. Der Bundesregierung 270 Milliarden und der Steuerzahler, der auch Geld auf dem Konto und in Versicherungen zur Altersvorsorge hatte, hat im selben Zeitraum 450 Milliarden EURO verloren. Welch ein Gewinn für uns! „ZAHL, aber halt's Maul!“, (<https://www.bod.de/buchshop/zahl-aber-halts-maul-sascha-rauschenberger-9783752875805>) ist ein Gedanke, den viele Bürger inzwischen haben.

Natürlich muss man auch irgendwo arbeiten können, damit man Steuern zahlen kann. Doch auch hier wurde munter am Leben vorbei gelebt. Die Banken wurden zwar gerettet, aber kaum saniert. Die Energiewende – nach Fukushima über Nacht als „alternativlos“ beschlossen – endete mit der Zerschlagung nationaler Energiekonzerne zugunsten des Auslands. UND wird über eine jährlich immer weiter steigende EEG-Umlage finanziert, die auf Zins-und-Zinseszins-Basis immer weiter anwächst. Eine Begrenzung war und ist nicht eingeplant. Das in den nächsten Jahren tausende Windräder die Betriebserlaubnis verlieren, und das bei einem 40%-Anteil an erneuerbaren Energien und Mehrbedarf durch angedachte E-Autos, mag verwundern. Ist aber ideologisch gerechtfertigt, und nicht zu Ende gedacht.

Dass man hier auch deutsche Autobauer zum Buhmann der Dieselkrise machte, ist dem Bestreben geschuldet, alles möglichst grün zu sehen. Grün für die Hoffnung. Dass dieser Skandal hausgemacht ist, interessiert nicht. Diesellabgase bestehen aus zwei Hauptkomponenten. Die eine wurde hinsichtlich Quantität definiert, die andere nicht. Ergo optimierte jeder (weltweit) die eine mit Hilfe von Harnsäure – marketingtechnisch mit Blue bezeichnet und so eingefärbt – gegen die Andere, die eben nicht definiert war. Die Dieselfahrverbote treffen nun flächendeckend die gesamte Volkswirtschaft, zumal seit fast 30(!) Jahren der Diesel

marketingtechnisch und steuerlich favorisiert wurde. Die gesamte Logistik bricht nun mit Fahrverboten weg. Nicht droht.. es soll umgesetzt werden. Der Steuerzahler kann dabei natürlich seinen Diesel praktisch verschenken. Teuer gekauft und Dank Fahrverboten mit immensen Wertverlusten; dafür dann aber gern eine europäische Grenze weiter gefahren. Luftverschmutzung macht bekanntlich an Landesgrenzen halt. Dass da natürlich dann auch eine gewisse Überproduktion nicht mehr benötigter Fahrzeuge entsteht ist klar. Hunderttausende Arbeitsplätze sind betroffen. Stört aber bis dato keinen, da man ja E-Autos bauen will. Deren Batterien haben einen energetischen Produktionsaufwand, mit dem selbst ältere Diesel noch jahrelang fahren könnten, was aber ideologisch letztlich egal ist. Man will das so. Alternativlos. Basta. Ich habe fertig!

Leider bricht auch der demographische Wandel an, der aber dadurch abgefedert wird, dass der Steuerzahler länger arbeiten und länger Steuern zahlen soll, um damit die Sozialkassen zu füllen, aus denen er dann später selbst immer weniger bekommen wird (nicht soll). Eine gewisse Logik ist zu erkennen. Dummerweise ist der Arbeitsmarkt ab dem Erreichen des fünfzigsten Lebensjahres für Ältere aber de facto geschlossen (<https://www.bz-nachrichten.de/die-konjunktur-bricht-ein-die-alten-wieder-zuerst-raus-eine-frage-die-sich-stellt-ein-kommentar-von-sascha-rauschenberger-in-bz-nachrichten/>) und es existieren keinerlei staatliche Konzepte für eine Arbeit bis 65, 67 oder 70, was aber volkswirtschaftlich und gesetzlich gefordert ist. Von bereitgestellten Ressourcen dazu fehlt auch jede Spur.

Diese werden für die Integration und Beheimatung zugewanderter Fachkräfte benötigt, denen man größtenteils ohne jede Qualifikation den Zugang in den Arbeitsmarkt erlaubt hat. Manche sagen auch, dass es nur um Zuwanderung in die Sozialsysteme ging. Das war ideologisch gewollt, wurde gefördert und ist allein schon rein ökonomisch nicht zu

vertreten. Die Art von mitgebrachter Qualifikation (https://conplore.com/wp-content/uploads/2017/10/e-paper_jfw_migration_ausbildung_sascha-rauschenberger-conplore-magazine-pdf-version2.pdf) entsprach nämlich nicht dem, was man hier gern mehrfach zertifiziert und beurkundet gesehen hätte. Nach mitteleuropäisch genormten Standards, Gesetzen und Anforderungen.

Für diese Aufgabe werden aber fast 60 Milliarden bereitgestellt, von denen die zukünftigen Rentner nur träumen können. Dafür redet man gern von Mindestrente... als Basisleistung. Natürlich werden durch verminderte Renten auch gewisse Wohlstandsverluste in Kauf genommen. Das hat Auswirkungen auf die Binnenkaufkraft, was gemeinhin auch steuerwirksame Umsatzverluste genannt wird. Auch der Wohnort im Alter steht zur Debatte, da sinkende Renten und steigende Mieten sich nicht vertragen. Altersarmut (<https://conplore.com/stresstest-altersarmut-in-deutschland-wirtschaftliche-soziale-und-politische-folgen/>) ist längst kein Unwort mehr...



Die Hilfsbereitschaft, die dann zur Beheimatung grosser Teile der neuen Fachkräfte samt Familien in Ballungsgebieten „zwingend notwendig“ wurde, wurde der vom Sozialstaat ignorierte aber nicht ausreichend vorhandene Wohnungsmarkt alternativlos knapp. Und da Sozialämter so ziemlich alles zu jedem Preis anmieteten, stiegen auch die zugehörigen Mieten schnell und flächendeckend an. Ein Verdrängungswettbewerb setzte ein. Rentner und Geringverdiener wurden durch alternativlos geförderte Flüchtlinge und zugereiste Facharbeiter zunehmend verdrängt. Ein Prozess, der gerade erst

in Fahrt kommt.

Unter dem Strich könnte man das so zusammenfassen: Der deutsche Steuerzahler soll immer länger für immer weniger mit immer mehr Abgaben belastet arbeiten, während die Kernindustrien des Landes künstlich, dafür aber systematisch, heruntergewirtschaftet werden, was Arbeitsplätze bis ins Alter hinein eher illusorisch erscheinen lässt.

Die letzten Überschüsse, aus der Nullzinspolitik und damit der Enteignung von Wertzuwächsen auf Spareinlagen, gehen in die Bewältigung von Migrantenzuströmen, die aber selbst in der Höhe unbegrenzt sind. Es gibt keinerlei Reserven, Pläne oder Gedanken daran, wie der demographische Wandel, die Digitalisierung und der jetzt schon erkennbar wegbrechende Aufschwung gestemmt werden kann oder soll. Dafür schafft man aber zeitgleich – und dann zu allem anderen parallel laufend!! – seine auf Diesel beruhende Logistik ab, während die ohnehin überteuerte Energiegestellung durch alte Träger wegbricht und zusätzlicher Bedarf durch E-Autos – die die deutsche Industrie bisher gar nicht wettbewerbsfähig anbieten kann – erkennbar ist. Da das alles alternativlos ist, redet man nun offen über Enteignung von Wohnraum in Ballungszentren und andere Regularien, die ideologisch – und damit dann auch wirtschaftlich – opportun erscheinen. Natürlich alles alternativlos. Wenn man ehrlich ist, dann bekommt man es schon sprachlich nicht mehr auf die Reihe, das alles in seinen gegenseitigen Abhängigkeiten und Wirkungsweisen zu beschreiben.

Und hier muss dann eine Politikerelite scheitern, die Schulabschlüsse mal gerade so schafft und Ausbildungen abbricht, um Politik zu machen. Politik und Gesellschaftsgestaltung in einer Komplexität, deren sie intellektuell und fachlich nicht gewachsen sind. Und daher auf ideologische Konzepte zurückgreifen, deren Prämissen sie nicht verstehen oder ignorieren und deren notwendige Ressourcen auch nicht (mehr) zur Verfügung stehen, was aber ohnehin als

uninteressant angesehen wird.

Wenn man von altrömischer oder byzantinischer Dekadenz redet, meint man eigentlich exakt das Bild, was Deutschland gerade abgibt. Man richtet sich lachend und dabei feiernd selbst zugrunde, belehrt warnende Stimmen, verunglimpft Kritiker und freut sich über die alternativlose Moral dahinter, die mit „Wir schaffen das!“ immer neue geistige Tiefstflüge in einer ideologischen Hybris schafft, die so noch nie erreicht wurde. Gern auch mit einer Selbstbedienungsmentalität der Eliten verknüpft, die den Borgia gerecht werden würde.

Aber diese Dekadenz hat auch ein Gutes: Sie wird nach dem Fall nie wieder erreicht werden. Weder in Deutschland noch in Europa oder dem Westen an sich. Und das ist dann wahrlich alternativlos, weil es halt nicht zu schaffen war.

Aus zukünftiger historischer Sicht der Dinge...

Und diese wenig schöne Zukunft hat gerade erst begonnen. Immer mehr Menschen verlieren ihren Job. Existenzen werden vernichtet. Im Einzelhandel. In der Automotive. Im Gaststätten- und Eventgewerbe. Überall.

Nur eines ist gleich geblieben, dafür aber lautstark: die Geister, die mit den Coronahilfspaketen all das weiterführen wollen, was schon vor Corona zum Niedergang beitrug. Als wenn die falschen wahnhaften Rezepte von gestern das Morgen retten könnten.

*Erwarte nicht von Leuten Lösungen zu Problemen, die diese Probleme erst geschaffen haben... **SIC!***

Bilder: Yusuf Simsek

Kaffee: So gesund ist der Muntermacher

Mehr als das Summen seiner Teile



(ots) Lange galt Kaffee als Flüssigkeitsräuber und Gefahr für Herz und Kreislauf. Heute weiß man: Kaffeetrinker leben gesünder.

Das Image von Kaffee war lange Zeit so dunkel wie frisch aufgebrühter Espresso. Das Getränk stand im Verdacht, ein Flüssigkeitsräuber und gefährlich für Herz und Kreislauf zu sein. Doch wohl kaum ein Nahrungsmittel hat in den vergangenen Jahren einen ähnlichen Imagewandel durchgemacht. „Viele Mythen rund um den Kaffee sind heute überholt“, sagt die Pharmakologin Professorin Karen Nieber in der aktuellen „Apotheken Umschau“.

Koffein löst die Bremse im Gehirn

Inzwischen haben zahlreiche Studien belegt, wie gesund Kaffee tatsächlich ist. Das Koffein blockiert im Gehirn bestimmte Rezeptoren, die die Weiterleitung von Signalen hemmen. „Kaffee löst die Bremse“, sagt Nieber, die an der Universität Leipzig

zu den Wirkungen der Kaffeebohne geforscht hat. Nach Kaffeegenuss fühlt man sich konzentrierter und leistungsfähiger. Koffein kann Kaffeetrinker auch freier atmen lassen. Studien zufolge verbessert das Getränk bei Asthmatikern die Lungenfunktion.

Koffein wirkt allerdings noch auf andere Weise: Indem es die Ausschüttung der Stresshormone Adrenalin und Cortisol anregt, lässt es das Herz schneller schlagen. Die Gefäße verengen sich, der Blutdruck steigt. So kam es zu dem Vorurteil, Kaffee schade Herz und Kreislauf. „Auch das ist vom Tisch“, so Pharmakologin Nieber. Manche Studien zeigen sogar eine schützende Wirkung auf das Herz.

Auch Koffein kann man überdosieren

Doch wie viel Kaffee ist überhaupt gesund? Wissenschaftler haben herausgefunden: Mit jeder Tasse Kaffee pro Tag verringert sich das Risiko für Typ-2-Diabetes um 7 Prozent. Zwei oder mehr Tassen am Tag reduzieren die Gefahr einer Leberzirrhose um zwei Drittel, sofern diese nicht durch ein Virus ausgelöst wird. Wer drei bis fünf Tassen täglich trinkt, hat im Schnitt ein um 65 Prozent geringeres Risiko, eine Demenz zu entwickeln. Bei vier Tassen Kaffee pro Tag sinkt die Gefahr, an schwarzem Hautkrebs zu erkranken, um 20 Prozent. Und Männer, die vier bis fünf Tassen Kaffee trinken, haben ein um 40 Prozent verringertes Risiko für Gicht. Zu viel Kaffee kann dann aber schädlich sein: Ab sechs Tassen Kaffee pro Tag steigt das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen im Schnitt um 22 Prozent.

Start-up im Bereich der mobilen Pflege. *Wir suchen Sie!*



NABU: Verhandlung zur Fehmarnbeltquerung startet am Bundesverwaltungsgericht



Heute, am 22. September 2020, beginnt die Verhandlung der NABU-Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Festen Fehmarnbeltquerung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Angesichts der prognostizierten Verkehrsmengen von täglich nur rund 12.000 Fahrzeugen (Elbtunnel: 160.000) ist dieser Absenktunnel, für den in 100 Meter Breite, 30 Meter Tiefe und 18 Kilometer Länge Meeresgrund aufgerissen und zubetoniert werden, völlig überdimensioniert und aus der Zeit gefallen. Der geplante Tunnel führt mitten durch ein Meeresschutzgebiet, ausgewiesen für artenreiche Riffe und Sandbänke – einer der letzten Rückzugsräume für Schweinswale, Seehunde, seltene Schwämme und Muscheln.

„Knapp 100.000 Bundesbürger unterstützen unsere Forderung, den Tunnelbau zu stoppen“, so NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger. Sie fordern Verkehrsminister Andreas Scheuer auf, das Projekt noch einmal zu überdenken und gemäß Artikel 22 des

Staatsvertrags mit seinem dänischen Kollegen neu zu verhandeln: „Klimakrise, Artenkrise und das Konzept der Mobilitätswende finden keinerlei Berücksichtigung im Projekt.“ Dieses folge allein der Idee des Straßenverkehrswachstums.

„Die Mängel im Planfeststellungsbeschluss müssen aufgearbeitet werden“, so der NABU-Präsident weiter. Die kritische Lage des Schweinswals im Schutzgebiet Fehmarnbelt müsse bei der Entscheidung angemessen berücksichtigt werden und schließe eine jahrelange Baustelle aus. „Die Kulisse wertvoller Riffe hat sich seit den ersten Tauchgängen, die der NABU im Sommer 2019 beauftragt hat, und den darauf folgenden Untersuchungen des Landes deutlich verändert“, fügt Dr. Kim Cornelius Detloff, NABU-Leiter Meeresschutz, hinzu. „Gleich vier neue Riffe liegen unmittelbar an oder auf der Trasse, blieben aber in der Genehmigung unberücksichtigt. Hier stellt sich die Frage, wie sich der drohende Umweltschaden dadurch verstärkt, und ob das Natura-2000-Schutzgebietenetzwerk in den schleswig-holsteinischen Gewässern nicht angepasst und die Tunneltrasse unter Schutz gestellt werden muss.“ Die Genehmigung dürfe auch die Augen vor möglichen Munitionsaltlasten nicht verschließen.

Bis zum 2. Oktober 2020 ist das größte deutsche Umweltrechtsverfahren festgesetzt. Gegen Ende des Jahres wird die Urteilsverkündung erwartet.

Hintergrund und Chronik in Kürze:

Vor 25 Jahren, also noch zur Regierungszeit Helmut Kohls, beginnt die Planung des Ostseetunnels mit ersten Machbarkeitsstudien. 2008 wird zwischen Dänemark und Deutschland ein Staatsvertrag zum Bau der Fehmarnbeltquerung geschlossen. Damals noch als Schrägkabelbrücke geplant, kommt 2011 die Tunnel-Entscheidung. Das Amt für Planfeststellung des Landes Schleswig-Holstein gibt im Januar 2019 Vorhabenträger Femern/AS grünes Licht für den Bau Europas größten Infrastrukturprojekts. Der NABU klagt im April 2019 gegen den Planfeststellungsbeschluss, schätzt den ökologischen Schaden

durch den Tunnelbau im Meeresschutzgebiet als verheerend und unverhältnismäßig ein. Im September 2019 nach Taucharbeiten die Bestätigung: Sie weisen mehrere Quadratkilometer große Riffstrukturen nach – genau dort, wo der Fehmarnbelt-Tunnel gebaut werden soll. In den Gutachten von Femern A/S fanden sich 2013 noch Hinweise auf solche Riffe, in der eigentlichen Umweltverträglichkeitsstudie wurde daraus Feinsubstrat – also Sand oder Schlick. Die Zerstörung kostbarer artenreicher Riffe wurde also nie geprüft.

Die unwiederbringliche Zerstörung des einmaligen Ökosystems durch den Bau des Absenktunnels wiegt umso schwerer, als dass der Bedarf dafür fehlt. Der Verkehr kann mühelos über die bestehenden Straßen- und Schienenverbindungen über Land, Brücken und Fähre abgewickelt werden. Der NABU fordert daher einen Ausstieg aus dem Projekt. Sollte dies politisch mit unseren dänischen Nachbarn nicht durchsetzbar sein, muss nach Einschätzung des NABU zwingend die ökologisch verträglichste Tunnelvariante gebaut werden: Ein bergmännisch gebohrter Eisenbahntunnel.

Start-up im Bereich der mobilen Pflege. *Wir suchen Sie!*



Original Content von NABU

Civey-Umfrage: Deutsche haben

im Herbst Angst vor einer Corona-Infektion in geschlossenen Räumen

Sanitäts Haus
WAGENER
Unser Lächeln hilft



Wir machen Ihr Leben
etwas einfacher!



www.reha-team-wagener.de

SERVICE-HOTLINE 05691-66 40

BAD AROLSEN KORBACH MARSBERG

(ots) Die Mehrheit der Deutschen hat Angst, sich in geschlossenen Räumen mit dem SARS-CoV-2-Virus zu infizieren. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey zum Thema „Corona-Schutz im Herbst“ im Auftrag des Luftreinigerherstellers Trotec. Besonders hoch schätzen die meisten der 5.000 Befragten das Risiko in Bars und Restaurants (63,4 Prozent) ein, gefolgt von Fitnessstudios, Sporthallen und Yoga-Studios (50 Prozent). Um eine Ansteckung in Bus und Bahn sorgen sich 64 Prozent der Deutschen.

Ansteckungsgefahr in Schulen und Kindergärten wird unterschätzt

Damit bekräftigen die Umfrageteilnehmer, was auch führende Virologen immer wieder betonen: Das Risiko einer Covid-19-Infektion ist in Innenräumen besonders hoch. Dagegen unterschätzen die meisten Befragten die Ansteckungsgefahr in Schulen und Kindergärten. Gerade ein Drittel der Eltern fürchtet hier eine Ansteckungsgefahr (34,6 Prozent), bei Kinderlosen sind es sogar nur 31,7 Prozent.

Genau deshalb schlagen Experten Alarm: Fehlende Präventionsmaßnahmen könnten im kühlen Herbst und Winter in

kurzer Zeit zu einem Anstieg an Corona-Ausbrüchen führen, die erneute Schulschließungen erzwingen, warnte die Deutsche Gesellschaft für Virologie bereits im August. Und das mit gutem Grund: In den wenigen Wochen seit Ende der Sommerferien mussten bundesweit bereits zahlreiche Schulen geschlossen werden. Trotz Einhaltung der Empfehlungen hinsichtlich Tür- und Fensterbelüftung.

Wirkungsvoller Corona-Schutz in Innenräumen: AHA plus Luft reinigen

„Wir müssen die AHA-Regel um ein L für ‚Luft reinigen‘ erweitern – im Interesse der Schulkinder sowie vieler Unternehmen, die damit vor einem erneuten Lockdown bewahrt werden können“, mahnt Jochem Weingartz, Luftreinigungsexperte von Trotec. Denn Abstand, Hygiene und Alltagsmasken schützen zwar vor einer direkten Infektion durch Husten oder Niesen, nicht aber vor der Ansteckung durch virenbehaftete Aerosole, die schon beim Atmen und Sprechen in die Luft gelangen und stundenlang in der Luft schweben. Dr. Thomas Voshaar, Berater von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, macht die unsichtbaren Krankmacher für rund 80 Prozent der Corona-Infektionen verantwortlich. Häufiges Stoßlüften hilft zwar, ist aber im Winter keine sinnvolle Alternative, wenn Schulkinder oder Restaurantgäste nicht frieren sollen.

Daher gilt: Die sicherste Lösung für wirkungsvollen Infektionsschutz in Innenräumen sind geeignete Luftreiniger mit H14-HEPA-Filtern (zertifiziert nach DIN EN 1822). Nur diese Geräte sind in der Lage, mikroskopisch kleine, virenbelastete Aerosole sicher aus der Raumluft zu filtern und die Räume mit sauberer, virengefilterter Reinluft zu versorgen. Das bestätigt auch Professor Dr. Christian Kähler, Leiter des Instituts für Strömungsforschung und Aerodynamik an der Universität der Bundeswehr München, der verschiedene Geräte getestet hat, darunter den mobilen Hochleistungsluftreiniger TAC V+ von Trotec: „Luftreiniger mit großem Volumenstrom und hochwertigen Filtern der Klasse H14

sind eine sehr sinnvolle technische Lösung, um die indirekte Infektionsgefahr durch Aerosole sinnvoll zu verringern.“

Luftreiniger geben Sicherheit

Beim Thema Luftreinigung herrscht allerdings noch großer Aufklärungsbedarf. Nicht alle Möglichkeiten des Infektionsschutzes in Innenräumen sind der breiten Bevölkerung bekannt. Etwa zwei Drittel der Teilnehmer der Civey-Umfrage setzen auf Maßnahmen wie die Beachtung der AHA-Regel (65,8 Prozent) und regelmäßiges Stoßlüften (59 Prozent). Nur jeder Vierte (26,9 Prozent) denkt, dass Raumluftfilter guten Schutz bieten. Befragte, die diese technische Lösung jedoch kennen, setzen großes Vertrauen darauf: 56,1 Prozent der Teilnehmer erklären, sich in einem Raum mit einem zertifizierten Luftfiltersystem sicher vor einer Ansteckung mit Corona-Viren zu fühlen.

Experten fordern Luftreiniger für jedes Klassenzimmer

In Politik, Medien und Wirtschaft wird der Einsatz professioneller Luftreiniger aktuell breit diskutiert. Zahlreiche Eltern, Lehrer und Experten fordern ihren Einsatz – vor allem in Schulen. Politiker wie Erwin Rüdell (CDU), der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, und Professor Dr. Karl Lauterbach schließen sich diesen Appellen an: „Wenn wir verhindern wollen, dass sich die Schulkinder im Winter mit dem Corona-Virus infizieren, brauchen wir in jedem Klassenraum einen mobilen Luftfilter“, so der SPD-Gesundheitsexperte.

Zur Erhebung:

Die Civey-Befragung „Corona-Schutz im Herbst“ wurde vom 15. bis 17. September 2020 durchgeführt und ist repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland. Weitere Daten zur Einschätzung der Deutschen in Bezug auf Alter, Bundesländer sowie verschiedenen Lebensbereichen (Einzelhandel, Gastronomie, Schule, Kindergarten, Ärzte, öffentliche Verkehrsmittel,

Büros, Fitness-Studios, Bahnhöfe & Flughäfen) sind auf Anfrage verfügbar.



Original-Content von: Trotec GmbH

Pendlerpauschale und Mobilitätsprämie: So funktioniert's ab 2021



(ots) Das Klima muss gerettet werden, deshalb erhöht der Staat ab 2021 die Pendlerpauschale. Das ist, etwas verkürzt wiedergegeben, einer der Klimaschutz-Beschlüsse der Bundesregierung. Heißt: Ab 1. Januar 2021 steigt die Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer von 30 auf 35 Cent für jeden Kilometer der einfachen Fahrt zur Arbeit. Und: Für Geringverdiener gibt es die Mobilitätsprämie. Der Lohnsteuerhilfverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) zeigt, was das konkret bedeutet und was es Geringverdienern

bringt.

Ab 2021 bis 2026: Mehr Geld für Pendler

Mitte Dezember 2019 einigten sich der Bund und die Bundesländer auf eine Erhöhung der Pendlerpauschale: „Als Teil des Klimaschutzprogramms 2030 soll die Pendlerpauschale ... ab 2021 um 5 Cent auf 35 Cent pro Kilometer steigen“, so die Formulierung auf den Internetseiten des Bundesrates. Außerdem: Drei Jahre später, also 2024, soll die Pendlerpauschale auf 38 Cent erhöht werden, ebenfalls ab dem 21. Kilometer.

Die erhöhte Pendlerpauschale soll zunächst bis 2026 gelten.

Erhöhte Pendlerpauschale für Arbeitnehmer: Ein Rechenbeispiel

Frau Meyer fährt an 220 Tagen 40 Kilometer zur Arbeit. Sie errechnet ihre Pendlerpauschale ab 2021 folgendermaßen:

220 Arbeitstage x 20 Kilometer einfache Fahrt x 0,30 Euro
Pendlerpauschale = 1.320 Euro

220 Arbeitspage x 20 Kilometer einfache Fahrt x 0,35 Euro
Pendlerpauschale = 1.540 Euro

Insgesamt steht Frau Meyer für das Jahr 2021 eine Pendlerpauschale in Höhe von 2.860 Euro zu.

Mobilitätsprämie: Ausgleich für Geringverdiener mit längerem Arbeitsweg

Geringverdiener, die mit ihrem zu versteuernden Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags liegen und deshalb keine Steuern zahlen müssen, profitieren nicht von der erhöhten Pendlerpauschale. Sie erhalten deshalb ab 2021 die sogenannte Mobilitätsprämie. Ebenso wie die erhöhte Pendlerpauschale ist die Mobilitätsprämie bis 2026 befristet.

Konkret bedeutet das: Geringverdiener, deren einfacher Weg zur Arbeit länger als 20 Kilometer ist, erhalten ab dem 21.

Kilometer 14 Prozent der erhöhten Pendlerpauschale – also 4,9 Cent. Laut Bundesfinanzministerium werden davon rund 250.000 Beschäftigte profitieren. Aber: Wer mit seinem zu versteuernden Einkommen unterhalb des Eingangssteuersatzes liegt – so die steuerliche Umschreibung für „Geringverdiener“ – und nur bis zu 20 Kilometer zur Arbeit fährt, der geht leer aus.

Die Mobilitätsprämie: Ein Fallbeispiel

Herr Schmidt ist Single und hat ein zu versteuerndes Einkommen von 8.000 Euro. Damit liegt er unter dem Grundfreibetrag (im Jahr 2021 für Singles 9.696 Euro und für Ehepaare 19.392 Euro). Aus diesem Grund muss er keine Einkommensteuer zahlen, erhält allerdings auch keine Pendlerpauschale. Herr Schmidt fährt an 150 Tagen im Jahr zur Arbeit, nämlich jeweils 40 Kilometer hin und 40 Kilometer zurück. Damit er steuerlich trotzdem entlastet wird – obwohl er keine Pendlerpauschale erhält -, erhält Herr Schmidt künftig die Mobilitätsprämie.

Wichtig: Normalerweise müsste Herr Schmidt keine Steuererklärung beim Finanzamt abgeben, da sein Einkommen unter dem Grundfreibetrag liegt und er deshalb keine Steuern zu zahlen hat. Will er aber die Mobilitätsprämie erhalten, muss er diese mit seiner Steuerklärung beantragen. Wie das konkret aussieht, wird sich voraussichtlich im Frühjahr 2021 zeigen, wenn die Formulare für das Steuerjahr 2021 erstellt werden. Fest steht: Beides, also die Einreichung der Steuererklärung und die Beantragung der Mobilitätsprämie, ist verpflichtend, um in den Genuss dieser finanziellen Förderung zu kommen.

Und wie viel bringt's? Eine Rechnung

Das Ergebnis vorneweg: Herrn Schmidt steht eine Mobilitätsprämie von 147 Euro zu. Der Rechenweg ist komplex:

- Das zu versteuernde Einkommen von Herrn Schmidt liegt bei 8.000 Euro.

- Seine sonstigen Werbungskosten betragen 0 Euro.
- Die Entfernungspauschale für die ersten 20 Entfernungskilometer beträgt 900 Euro:

$150 \text{ Tage} \times 20 \text{ Kilometer} \times 0,30 \text{ Euro} = 900 \text{ Euro}$

Die erhöhte Entfernungspauschale (ab dem 21. Kilometer), die Herr Schmidt beanspruchen könnte, liegt bei 1.050 Euro:

$150 \text{ Tage} \times 20 \text{ Kilometer} \times 0,35 \text{ Euro} = 1.050 \text{ Euro}$

Die Werbungskosten insgesamt belaufen sich damit auf 1.950 Euro (900 Euro + 1.050 Euro).

- Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag (auch Werbungskostenpauschale genannt) liegt bei 1.000 Euro. Darauf hat jeder Arbeitnehmer Anspruch, unabhängig von der Höhe seiner tatsächlichen Ausgaben. Der Pauschbetrag wird von Herrn Schmidt um 950 Euro überschritten. Diese 950 Euro entfallen somit auf die erhöhte Entfernungspauschale (ab dem 21. Kilometer) und werden für die Berechnung der Mobilitätsprämie herangezogen.

- Das zu versteuernde Einkommen in Höhe von 8.000 Euro unterschreitet den Grundfreibetrag (9.696 Euro für das Jahr 2021) um 1.969 Euro.

- Die erhöhte Entfernungspauschale von 1.050 Euro liegt innerhalb des Betrages, um den das zu versteuernde Einkommen den Grundfreibetrag unterschreitet.

- Die Bemessungsgrundlage für die Mobilitätsprämie beträgt somit 1.050 Euro. Und da die Prämie bei 14 Prozent liegt, erhält Herr Schmidt eine Mobilitätsprämie von 147 Euro.

Mehr als das Summen seiner Teile



Original-Content von: Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V. – VLH

Greenpeace – Waldzerstörung in Mercosur-Staaten könnte in nur sechs Jahren um 25 Prozent steigen

Start-up im Bereich der mobilen Pflege. *Wir suchen Sie!*



Vor dem Treffen der EU-Handelsministerinnen und -minister in Berlin demonstrierte ein Bündnis gegen klimaschädliche Handelsabkommen wie den geplanten EU-Mercosur Deal.

Unter dem Motto "Freihandelsabkommen in die Tonne!" entsorgen Aktivistinnen und Aktivisten vor dem Wirtschaftsministerium, dem Ort des Treffens, um 13 Uhr symbolisch sieben Freihandelsabkommen in einem überdimensionalen Mülleimer. Mit Handbannern fordern sie: "Der Amazonas ist nicht verhandelbar: Stopp EU-Mercosur". Zum Protest aufgerufen haben 18 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die NaturFreunde Berlin, PowerShift und Greenpeace. "Das Abkommen wird die Waldzerstörung im Amazonas weiter anheizen", sagt Gesche Jürgens, Greenpeace Waldexpertin. "Wenn Wirtschaftsminister Altmaier den Kampf gegen die Klimakrise tatsächlich zur zentralen Aufgabe machen will, dann muss er diesen Deal stoppen."

Eine vergangene Woche veröffentlichte Studie im Auftrag der französischen Regierung warnt, dass mit dem Abkommen die Abholzung in den vier Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien,

Paraguay und Uruguay in den nächsten sechs Jahren um mindestens 25 Prozent zu steigen droht. Grund wären unter anderem höhere Importquoten für Agrarprodukte wie Rindfleisch. In Südamerika wird für Rinderweiden großflächig Regenwald zerstört.

Widerspruch auch von Bäuerinnen und Bauern der EU

“Das ist ein Deal aus dem letzten Jahrhundert”, sagt Bettina Müller von PowerShift. “Er fördert die Agrarindustrie und den Import von noch mehr Fleisch und blockiert so die nötige Agrarwende auf beiden Seiten des Atlantiks.” Auch Europas Bauernfamilien wollen den Stopp des Deals. In einer Deklaration fordern 43 Bauernorganisationen in 14 europäischen Ländern eine Neuausrichtung der Handelspolitik, die faire und kostendeckende Preise ermöglicht, das Klima schützt und Menschenrechte sichert. “Wir brauchen keine Handelsabkommen mit einem rechtsradikalen Präsidenten wie Bolsonaro, der Menschenrechte und Umwelt missachtet”, ergänzt Uwe Hicksch von den NaturFreunden Berlin, der die Veranstaltung organisiert hat. “Wir brauchen dringend eine Handelspolitik, die soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz in den Mittelpunkt stellt.”



Original Content von Greenpeace e.V.

TOYOTA GAZOO RACING GEWINNT DIE RALLYE TÜRKEI

SONJA HANS
WAGENER
Unser Lächeln hilft



Wir machen Ihr Leben
etwas einfacher!



www.reha-team-wagener.de

SERVICE-HOTLINE 05691-66 40

BAD AROLSEN KORBACH MARSBERG

Köln. Das Toyota Gazoo Racing World Rally Team fährt den nächsten Erfolg in der Rallye-Weltmeisterschaft (WRC) ein: Elfyn Evans gewinnt die Rallye Türkei und sichert sich mit dem zweiten Saisonsieg die WM-Führung. In einem spannenden Finale konnte er sich auf der längsten Etappe der Saison 2020 vom vierten auf den ersten Platz verbessern.

Die 38,15 Kilometer lange Prüfung von Çetibeli war der erste von zwei Tests, die am letzten Rallye-Tag gleich zweimal auf dem Programm standen. Der erste Lauf über das felsige Gelände erwies sich als herausfordernd: Einige Fahrer, darunter auch die Toyota Piloten Sébastien Ogier und Kalle Rovanperä, mussten anhalten und Räder wechseln. Evans hingegen überstand die Etappe ohne Probleme und fuhr mit der schnellsten Zeit einen Vorsprung von 46,9 Sekunden heraus. Mit diesem Polster konnte er gemeinsam mit Beifahrer Scott Martin die verbleibenden Etappen ruhiger angehen und einen sicheren Sieg einfahren.

Ogier und Co-Pilot Julien Ingrassia beendeten die erste Prüfung des Tages trotz des Radwechsels auf einem starken zweiten Platz. Ein Motorproblem im weiteren Rallyeverlauf führte jedoch zum vorzeitigen Ende. Dadurch rangiert das Duo nun auf Platz zwei der Fahrerwertung – 18 Punkte hinter Teamkollege Evans.

Rovanperä setzte seine eindrucksvolle Rookie-Saison an der Seite von Jonne Halttunen mit einem vierten Platz fort: Die fünfte Top-Fünf-Platzierung des 19-Jährigen resultiert aus ebenso vielen Veranstaltungen auf höchstem Rallye-Niveau und beschert ihm einen starken vierten Platz in der Fahrerwertung. Toyota baut mit diesen Ergebnissen den Vorsprung in der Hersteller-Meisterschaft auf neun Punkte aus.

„Es ist ein unglaubliches Gefühl, nach einer so schwierigen Rallye zu gewinnen. Elfyn war absolut brillant und fehlerfrei und er hat die Etappen ohne Probleme überstanden. Jetzt führt er die Meisterschaft an, was großartig ist“, freut sich Teamchef Tommi Mäkinen. „Auch die Hersteller-Meisterschaft sieht gut für uns aus. Die trotz seiner geringen Erfahrung großartige Fahrt von Kalle hat uns dabei sehr geholfen. Es tut uns sehr, sehr leid, was Seb heute passiert ist. Wir müssen untersuchen, warum es Motorprobleme gab. Heute Morgen hätte er noch um den Sieg kämpfen können.“

Präsident Akio Toyoda ergänzt: „Elfyn und Scott, vielen Dank, dass ihr schneller als jeder andere durch die rauen Straßen der Türkei gefahren seid. In meinem Herzen war ich auch in der Türkei und stand mit euch auf dem Podium. Sowohl in Le Mans als auch in der Türkei gab es keine Zuschauer, aber genau wie ich haben sicherlich viele Fans auf der ganzen Welt die Live-Übertragung verfolgt und uns unterstützt. Vielen Dank dafür.“

Weiter geht es in der Rallye-Weltmeisterschaft (WRC) mit der ursprünglich für Juni geplanten Rallye Italien-Sardinien (8. bis 11. Oktober 2020): Auf der Mittelmeerinsel warten schnelle und enge Etappen auf feinem und sandigem Kies. Jeder vorausfahrende Fahrer hinterlässt umso felsigere und zerfurchte Straßen. Freiliegende Felsen, aber auch Bäume am Straßenrand sind eine besondere Herausforderung.

AIDA – Ab heute buchbar: Sonniger Herbst in Bella Italia mit AIDAblu



Die Buchungen für die neuen Herbstkreuzfahrten von AIDA Cruises sind ab sofort freigeschaltet. Ab 17. Oktober 2020 startet AIDAblu auf der Route „Bella Italia“ im Mittelmeer. Für die Herbstferien gibt es zudem attraktive Angebote für Familien.

Die 7-tägige Reiseroute beginnt und endet in Civitavecchia / Rom. Sie führt zunächst in das quirlige Neapel. Weiter geht es ins sizilianische Palermo und durch die Straße von Messina nach Catania an den Fuß des Ätna. Nächster Halt ist La Spezia. Hier besteht die Möglichkeit, ebenfalls für eine 7-tägige Reise zuzusteigen – besonders attraktiv für Gäste, die mit dem Auto oder Bus zur AIDA Kreuzfahrt anreisen möchten. Für die ewige Stadt Rom ist dank der langen Liegezeit besonders viel Zeit: AIDAblu bleibt über Nacht, so dass Kolosseum, Trevi-Brunnen, Vatikanstadt & Co. ausgiebig erkundet werden können.

Weitere Reisettermine sind der 24. und 31. Oktober 2020, sowie der 7., 14., 21. und 28. November 2020.

Die neuen Italien-Kreuzfahrten sind ab 899 Euro pro Person zum AIDA Pauschal All Inclusive Preis buchbar. Damit sind Flug, das umfangreichste AIDA Getränkepaket und eine Social Media Flatrate über die gesamte Reisedauer bereits im Reisepreis enthalten. Auch für Familien hat AIDA ein besonderes Angebot für die Herbstferien aufgelegt: Kinder reisen zum Festpreis von 249 Euro inklusive Flug und All-inclusive-Paket in der Kabine der Eltern.

Diese traumhafte Route wird in Verbindung mit dem Komfort und Service an Bord zu einem einzigartigen Reiseerlebnis voller Entspannung und Vielfalt. Dazu bietet AIDA seinen Gästen auf allen Kreuzfahrten im Winter 2020/21 ein Plus an Sicherheit, Komfort und Flexibilität: Mit dem neuen Gesundheits- und Sicherheitskonzept sorgt AIDA dafür, dass alle Gäste ihren Urlaub vollkommen entspannt und zugleich sicher genießen können. Zusätzlich zu den attraktiven AIDA Inklusivleistungen auf jeder Reise bietet das All-inclusive-Paket die große Urlaubsfreiheit mit optimaler Kostenkontrolle. Zum guten AIDA Gefühl gehören auch die neuen, großzügigen Buchungsoptionen – von der geringen Anzahlung bis zur kostenfreien Umbuchung. Weitere Details zum AIDA Versprechen „Mit Sicherheit der schönste Urlaub“ sind auf www.aida.de/versprechen zu finden, weitere Routeninfos auf www.aida.de/bellaitalia.

Die neuen Mittelmeerreisen sowie alle weiteren Angebote von AIDA Cruises sind ab sofort im Reisebüro, im AIDA Kundencenter unter der Telefonnummer 0381/202 707 07 oder auf www.aida.de buchbar.



ROCK/FAESER: Schwarz-grüner Schattenhaushalt ist verfassungswidrig

Start-up im Bereich der mobilen Pflege. *Wir suchen Sie!*



WIESBADEN – Die Fraktionen von SPD und Freien Demokraten im Hessischen Landtag haben beschlossen, vor dem Hessischen Staatsgerichtshof gegen den von der schwarz-grünen Landesregierung eingerichteten Schattenhaushalt sowie gegen die Ermächtigung zur Aufnahme von zwölf Milliarden Euro neuen Schulden bis 2023 zu klagen. Das haben die Fraktionsvorsitzenden Nancy Faeser (SPD) und René Rock (Freie Demokraten) heute in Wiesbaden mitgeteilt. Die Fraktionen sehen sich in ihrer politischen Einschätzung, dass das Vorgehen der Landesregierung zur finanziellen Bewältigung der Folgen der Corona-Krise unrechtmäßig war, nun auch juristisch bestätigt: Ihnen liegt ein Gutachten vor, mit dessen Erstellung sie Professor Dr. Christoph Gröpl von der Universität des Saarlandes in Saarbrücken beauftragt hatten.

Professor Gröpl kommt in diesem Gutachten zu dem Schluss, dass die Errichtung und die Ausgestaltung des „Sondervermögens“ in

der vorliegenden Form verfassungswidrig sind. Er erklärt: „In dem das ‚Sondervermögen‘ über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren am hessischen Kernhaushalt vorbei Ausgaben leisten darf, wird das Plenum des Hessischen Landtags unzulässigerweise von der jährlichen Bewilligung und Kontrolle dieser Finanzmittel ausgeschlossen.“ Eine Beteiligung des Haushaltsausschusses reiche nicht aus. „Die Corona-Krise kann schwerwiegende Beeinträchtigungen zentraler Haushaltsgrundsätze zum Schutz des parlamentarischen Budgetrechts und der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes nicht rechtfertigen“, sagt Professor Gröpl und weist zudem darauf hin, dass der 2. Nachtrag in Zusammenhang mit dem Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz nicht den Anforderungen einer Notlagenverschuldung gerecht wird. „Denn diese muss auch unmittelbar durch eine Notlage oder deren unmittelbaren Folgen veranlasst sein“, macht Professor Gröpl klar. Insoweit seien diese Gesetze jedenfalls zum Teil verfassungswidrig.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, sieht sich in ihrer Haltung, dass das Vorgehen von Schwarz-Grün verfassungswidrig ist, bestätigt. „Um einen milliardenschweren Schattenhaushalt mit der Brechstange durchzudrücken, haben CDU und Grüne die Verfassung gebrochen. Diese Arroganz der Macht hat schwerwiegende Folgen. Denn mit diesem Manöver hat die schwarz-grüne Landesregierung dem Parlamentarismus in Hessen schweren Schaden zugefügt“, erklärt Faeser. Sie bedaure nach wie vor, dass CDU und Grüne zu keinem Kompromiss mit SPD und Freien Demokraten bereit waren und das Angebot, gemeinsam einen verfassungsrechtlich sauberen Weg zu gehen, mit politischer Brutalität ausgeschlagen hatten. „Die Alternativen lagen auf dem Tisch. Es hätte auch andere Wege gegeben, in der Krise zu helfen. Den 1. Nachtragshaushalt haben wir gemeinsam verabschiedet, und das wäre uns auch ein weiteres Mal gelungen. Meine Fraktion und die der Freien Demokraten hatten einen weiteren umfangreichen Nachtragshaushalt vorgelegt, um zielgenau helfen zu können. Aber Schwarz-Grün hat sich bewusst dazu entschieden, die Rechte des

Parlaments zu missachten und die Finanzierung der Corona-Hilfen nicht mit einem parteiübergreifenden Konsens zu lösen“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende.

René Rock zeigt sich erleichtert, dass das sogenannte Sondervermögen laut dem Gutachter auch aufgrund seines Zustandekommens unwirksam ist, weil die Aufhebung der Zwei-Drittel-Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse mit Zwei-Drittel-Mehrheit hätten erfolgen müssen. „Die Landesregierung hat die Schuldenbremse im Jahr 2020, in dem sie erst in Kraft treten sollte, nicht nur bis 2024 außer Kraft gesetzt, sondern de facto abgeschafft und so ausgehöhlt, dass sie nicht mehr zu erkennen ist. Das ist die unambitionierteste Schuldenbremse in ganz Deutschland“, betont Rock. „Dabei ignoriert die Landesregierung, dass Schulden die verbrauchten Chancen der jungen Generation sind und daher besonders gut begründet werden müssen.“ Er ergänzt: „Wir Freie Demokraten sehen uns durch das Gutachten auch darin bestätigt, dass – vereinfacht ausgedrückt – ein Corona-Bezug gegeben sein muss. Ökolandbau, energetische Sanierung von Forsthäusern und Fahrradabstellanlagen haben mit Corona absolut nichts zu tun und fallen im Corona-Check durch“, sagt Rock und führt aus: „Wir bleiben dabei, dass auch wir den von der Krise betroffenen Menschen helfen und Geld zur Bewältigung der Krisen-Folgen bereitstellen wollen. Dafür sind Nachtragshaushalte das richtige Instrument.“

Start-up im Bereich der mobilen Pflege. *Wir suchen Sie!*



Original Content von FDP/SPD

Dreijähriger Radfahrer auf Gehweg von Auto erfasst

SONNLEUCHT HILF
WAGENER
Unser Lächeln hilft



Wir machen Ihr Leben
etwas einfacher!



www.reha-team-wagener.de

SERVICE-HOTLINE 05691-66 40

BAD AROLEN KORBACH MARSBERG

(ots) (mb) An der Theodor-Heuss-Straße ist am Sonntag ein dreijähriger angefahren worden, der mit einem Kinderfahrrad auf dem Gehweg unterwegs war.

Gegen 12.15 Uhr fuhr der kleine Junge auf dem linken Gehweg in Richtung Rathenaustraße. Aus einer Grundstücksausfahrt wollte eine 51-jährige Mazdafahrerin auf die Straße einbiegen. Sie fuhr vorwärts auf den Gehweg und erfasste das Kind mit der Fahrzeugfront. Der Junge stürzte und zog sich Verletzungen zu. Er wurde am Unfallort notärztlich versorgt und mit einem Rettungswagen zu weiteren Untersuchungen in ein Krankenhaus gebracht.

SONNLEUCHT HILF
WAGENER
Unser Lächeln hilft



Wir machen Ihr Leben
etwas einfacher!



www.reha-team-wagener.de

SERVICE-HOTLINE 05691-66 40

BAD AROLEN KORBACH MARSBERG

Original-Content von: Polizei Paderborn